



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
HESSEN

Landesvorsitzender: Marco Reuter
Landesgeschäftsführer: Lukas Henke

Michael-Henkel-Str. 4-6
36043 Fulda

Tel.: 0661/93407-22
Fax: 0661/93407-20,
E-Mail: geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
Homepage: www.mit-hessen.de

Wiesbaden, den 17.05.2022

PRESSEMELDUNG

MIT Hessen fordert Schutzschirm gegen Kaufkraftverlust

Reuter: „Bundesregierung muss brutale Inflation bekämpfen“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Hessen fordert angesichts der Rekordinflation eine spürbare Entlastung der Bürger und Betriebe. „Wir erleben den größten Teuerungsschub seit 40 Jahren. Die Bundesregierung muss jetzt alles daran setzen, diese brutale Preissteigerung zu bekämpfen“, fordert Marco Reuter, Landesvorsitzender der MIT Hessen. Die MIT unterstützt deshalb einen entsprechenden Antrag zur Inflationsbekämpfung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der am vergangenen Donnerstag im Bundestag debattiert wurde.

Darin finden sich viele MIT-Kernforderungen wieder, etwa die Beseitigung schleichender Steuererhöhungen („kalte Progression“), befristete Energie-, Strom und Umsatzsteuersenkungen, eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Abbau von Bürokratie sowie Anreize für Innovation und Investition in der privaten Wirtschaft. Reuter: „Dieser Schutzschirm ist dringend nötig. Bei einer Rekordinflation von mehr als sieben Prozent löst sich bei jedem Arbeitnehmer ein Monatsgehalt in Luft auf. Die Ampel darf die Bürger jetzt nicht im Regen stehen lassen.“

Darüber hinaus fordert die MIT Hessen die Ampel auf, die geplante Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen zu stoppen. „Die Lebensmittel sind knapp, alles wird teurer: Es ist absurd, dass die Ampel unseren Landwirten in Hessen ausgerechnet jetzt verbietet, Teile ihrer Äcker zu bewirtschaften“, so Reuter

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

